

PRESSESTIMMEN

RÜCKZUG VON AKK

CORRIERE DELLA SERA

„Fehleinschätzung“ Angela Merkel kann ihre Partei nicht mehr hinter sich sammeln. Mehr noch, vielleicht scheint sie zum ersten Mal ihr Gespür für die Macht verloren zu haben. Entschlossen, Kanzlerin zu bleiben, hat sie ihre Position aufgegeben, dass beide Posten zusammengehören, und hat die CDU-Führung abgegeben. Zudem war es eine große Fehleinschätzung, ihr ganzes Gewicht für AKK in die Waagschale zu werfen, nur um dann zu sehen, wie diese Missgriffe, Fehler und Wahn Niederlagen sammelte.

Corriere della Sera, Mailand

Tages-Anzeiger

„Niederlage“ Ihr Scheitern ist auch eine schwere Niederlage für Angela Merkel. Die 65-jährige Kanzlerin muss ihren Wunsch, in Kramp-Karrenbauer eine ähnlich gesinnte Nachfolgerin heranzureifen zu sehen, begraben.

Tages-Anzeiger, Zürich

KALENDERBLATT



Foto: APA

DAS GESCHAH AM ...

12. Februar

1980: In Lake Placid in den USA werden die XIII. Olympischen Winterspiele eröffnet. Star ist der US-Amerikaner Eric Heiden, der als erster Eisschnellläufer über alle fünf Strecken Gold gewinnt.

1990: Reinhold Messner (Bild) erreicht nach einem 2400 Kilometer langen Fußmarsch quer durch die Antarktis die Scott-Basis in der McMurdo-Bucht.

Geburtstag: Gerhard Rühm, österreichischer Schriftsteller (Bericht auf Seite 14; *1930), Angelo Branduardi, italienischer Liedermacher und Popmusiker (*1950)

nachrichten.at

Lesermeinungen finden Sie auf Seite 17 und im Internet unter: nachrichten.at/leserbriefe



Was soll jetzt neu sein?

Karikatur: Mayerhofer

MENSCHEN

MARY LOU MCDONALD

Die neue starke Frau in Dublin

VON HEIDI RIEPL

Nicht nur das Sturmtief „Ciara“ tobte am Wochenende über Irland. Politische Beobachter sprechen auch von einem „politischen Orkan“, der die Parteienlandschaft auf der Insel ordentlich durcheinandergewirbelt hat. Die republikanische Sinn Fein, die bis dato als „unwählbare Terror-Partei“ galt, erreichte einen historischen Wahlsieg. Zu verdanken hat sie das Parteichefin Mary Lou McDonald, die ab sofort die neue starke Frau in Dublin ist.

Die 50-Jährige, die erst vor zwei Jahren den Parteivorsitz übernahm, hat es geschafft, die Schatten der Vergangenheit abzustreifen und Sinn Fein wieder salonfähig zu machen. Im Gegensatz zu ihren Vorgängern hatte die studierte Literaturwissenschaftlerin mit dem bewaffneten Kampf der IRA nie etwas zu tun. Mary Lou McDonald gab auch den Widerstand gegen Abtreibungen auf und bemühte sich, der katholisch-nationalistischen Partei einen modernen, zivilen Anstrich zu verleihen. Es waren auch in erster Linie soziale Themen wie die drastische Wohnungsnot und das desolate Gesundheitswesen in Irland, womit sie letztendlich im Wahlkampf punktete. Vor allem die Jugend konnte sie damit begeistern.

„Ich werde wohl die erste Frau auf dem Posten des irischen Premierministers sein“, gibt sich McDonald nun bereits sicher. Die Mutter von zwei Teenagern scheint in ihrer ersten Euphorie aber ein wenig zu optimistisch zu sein. Obwohl ihre Partei die meisten Stimmen erhalten hat, wurde sie nur zweitstärkste Kraft. McDonald, die als Mitglied des Europäischen Parlaments über internationale Erfahrungen



Sie machte Sinn Fein wieder salonfähig. (Reuters)

verfügt, lotet dennoch bereits aus, ob sie mit den kleinen linken Parteien eine Regierung ohne die beiden großen Parteien zustande bringen kann. Egal, wie die komplizierte Regierungssuche ausgeht: Mary Lou McDonald wird künftig ein entscheidendes Wort in der irischen Politik mitreden und vermutlich auch ihr versprochenes Referendum über die Wiedervereinigung des Südens mit dem Norden durchsetzen. Spätestens dann wird der von ihr ausgelöste „Orkan“ auch bei den Brexit-Verhandlungen in Brüssel zu spüren sein.

MEINUNG

LEITARTIKEL

VON WOLFGANG BRAUN



Begleitmusik für Anschobers Dialogtour

Die Beschäftigten der Österreichischen Sozialwirtschaft, dazu zählen unter anderem Einrichtungen von Volkshilfe und Hilfswerk, wollen dieser Tage ihren Forderungen bei den Kollektivvertragsverhandlungen mit Warnstreiks Nachdruck verleihen. Viele dieser Menschen arbeiten im Pflegebereich, sie verlangen unter anderem die Einführung einer 35-Stunden-Woche.

Wer die Lage im Pflegeberuf kennt, weiß, wo die Gründe für diese Forderung liegen. Die Belastung im Pflegeheim steigt, auch durch eine wachsende Zahl an Demenzerkrankten. Dazu kommt der seit längerem nicht zu bewältigende Personalmangel in der Pflege. Dass dieses System an Grenzen stößt, ist klar.



Die Probleme in der Pflege treffen die Politik nicht über Nacht.

Wenn Sozial- und Gesundheitsminister Rudi Anschöber (Grüne) in diesen Wochen seine Dialogtour durch Österreich absolviert, wird er die Problematik in

allen Facetten geschildert bekommen.

Gleichzeitig erlebt Anschöber eine weitere Dauerbaustelle in der Pflege, nämlich die Frage der Finanzierung. Gerade läuft wieder das Match darüber, mit welcher Summe den Ländern der Wegfall des Pflegeregresses abgegolten werden soll. Im Nationalratswahlkampf 2017 wurde der Pflegeregress in einer Wahlzuckerl-Ho-ruck-Aktion abgeschafft. Wie die dadurch fehlenden Mittel ersetzt werden sollen, wurde nicht geklärt, und auch nicht, wie hoch die Lücke sein würde. Das seither stetig wiederkehrende Millionen-Gezerre zwischen Bund und Ländern ist symptomatisch für die Irrwege der Pflegepolitik – und das in einem System, das mit seinen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden verflochtenen Finanzströmen schon vorher komplex genug war.

Das Institut für Höhere Studien (IHS) erwartet eine Verdoppelung der Pflegeausgaben in den kommenden 30 Jahren. Eine Studie des Sozialministeriums sieht bis 2030 einen zusätzlichen Bedarf von 75.000 Pflegekräften. Die Herausforderungen in der Pflege treffen die Politik nicht über Nacht. Seit Jahren haben Rechnungshof, Pflegeexperten und Wirtschaftsforscher vorgerechnet und analysiert, was passiert, wenn nichts passiert. Die Betroffenen in Dialogtours und anderen Formaten einzubinden, ist daher ein schönes Zeichen der Wertschätzung. Aber solche Anläufe hat die Politik bereits oft unternommen – das Problem ist, dass sie noch nie gesprungen ist.

✉ w.braun@nachrichten.at

Statt „Fridays“ lieber „Money for Future“

Der vermeintlich ach so böse Kapitalismus wird häufig als Hauptursache für den Klimawandel genannt. Somit liegt die Lösung auf der Hand: Es braucht einen Systemwechsel. Klingt logisch, ist es aber nicht.

Unsere kapitalistische Marktwirtschaft ist definitiv nicht perfekt, hat aber für eine nie da gewesene Anzahl von Menschen auf der Welt Wohlstand und steigenden Lebensstandard gebracht. Alles auf Kosten der Umwelt? Zum Teil sicherlich auch, aber hätte ein anderes System einen besseren Leistungsausweis erreicht?

Nach allem, was die Geschichte an realen alternativen Systemen geboten hat, lautet die Antwort: wohl kaum. Somit sollte sich die Frage eher darauf richten, wie die Welt mittels des be-

KOLUMNE

WIRTSCHAFT VERSTEHEN

VON TEODORO D. COCCA



stehenden Systems „zu retten“ ist. Hier kommt der große Vorteil des Kapitalismus ins Spiel, seine Innovationsstärke und die Fähigkeit, sich an verändernde Rahmenbedingungen anzupassen.

Andere (sinnvolle) Mittel des Umweltschutzes haben es sehr schwer, eine globale Wirkung zu entfachen. Verhaltensänderungen (Verzicht auf Fleischkonsum oder Flugreisen) finden vielleicht in unseren gesättigten Wohlstandsoasen Anhänger, aber wie will man aufstrebenden Ländern wie China, Indien oder Brasilien erklären, dass sie verzichten müssen, um den Rest der Welt zu retten?

Die bisherigen Versuche, auf politischer Ebene einen globalen Konsens im Umweltschutz zu finden, sind trotz aller Bemühungen zur Aufrüt-

telung durch tolle Bewegungen wie „Fridays for Future“ kläglich gescheitert. Gerade Umweltpolitik ist sehr stark von lokalen politischen Interessen gesteuert und hat zumindest bisher in keiner Weise eine globale Reichweite.

Die einzige Kraft, welche heute eine globale Wirkung entfachen kann, ist die Finanzwelt. In den vergangenen Monaten häuften sich Initiativen globaler Banken und Vermögensverwalter, welche dazu führen werden, dass Tausende von Milliarden Euro vermehrt nach Kriterien investiert werden, welche den Klimaschutz in den Vordergrund stellen.

In der EU ist dies teilweise regulatorisch vorgegeben, teilweise sind dies aber auch beachtenswerte freiwillige Initiativen. Hier wird also be-

reits gehandelt, wo andernorts nur laut Parolen skandiert werden.

Alles nur ein Marketinggag? Nein, der Kapitalmarkt befindet sich in einem echten Wandlungsprozess. Das Umlenken von Kapital in klimafreundliche Innovationen und wirtschaftliche Aktivitäten erzeugt weniger Aufmerksamkeit als die wütenden Appelle von Demonstranten und Klimaaktivisten, könnte aber bei weitem mehr zur Rettung des Planeten beitragen.

Der Kapitalismus ist nicht der Feind des Umweltschutzes, sondern eines seiner mächtigsten Instrumente.

Teodoro D. Cocca ist Professor für Asset Management an der Universität Linz.